

Die Freiheit

Redaktion: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2493 und 2498.

Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 IV.
Fernsprecher: Amt Norden 1107 und 1108.

Die „Freiheit“ erscheint zweimal täglich, morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen ausser morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin monatlich 2 M. Für die Erledigung auswärtiger Bestellungen ist vorherige Einzahlung der Bezugsgebühr erforderlich. — Die „Freiheit“ ist im ersten Nachtrag der Postzustellungsliste für 1919 eingetragen und kostet bei direktem Postbezug ohne Bestellgebühr monatlich 2 M., bei Zustellung unter Streifband 4 M.

Berliner Organ

Inserate kosten die nebengelegten Nonpareilzettel oder deren Raum 70 Pf. „Kleine Anzeigen“ das setzgedruckte Wort 30 Pf., jedes weitere Wort 15 Pf. Die dreispaltige Reklametzelle 3 M., Teuerungszuschlag 30 %. Bei Familienanzeigen, Verkaufsanzeigen von Gewerkschaften und politischen Organisationen fällt der Teuerungszuschlag fort. Inserate für den darauf folgenden Tag müssen spätestens bis 6 Uhr abends bei der Expedition, Schiffbauerdamm 19, aufgegeben sein.

der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Jahrgang 1

Freitag, den 27. Dezember 1918

Nummer 75

Demonstrationen gegen den „Vorwärts“.

Kritische Lage.

Der erste Feiertag sah in Berlin eine große Demonstration, die von den revolutionären Obmännern zum Protest gegen die blutigen Vorfälle am Dienstag veranstaltet worden war. Die Demonstration gab Zeugnis von der ungeheuren Erbitterung, die die ebenso törichte wie nichtswürdige Art des Vorgehens gegen die Matrosen in der ganzen Berliner Arbeiterschaft hervorgerufen hat.

Die Demonstration hat bewiesen, was hier sofort gesagt worden ist: daß das Heranziehen von Truppen, die Eröffnung von Artilleriefeuer gegen die Matrosen zu den weittragendsten und unheilvollsten Folgen hätte führen können. Denn die revolutionäre Arbeiterschaft hat gezeigt, daß sie sich von den revolutionären Soldaten und Matrosen nicht trennen läßt, daß sie, wenn es not tate, heute ebenso gemeinsam mit ihnen zu handeln verstände, wie in den ersten Tagen der Revolution. Dadurch, daß es der Unabhängigen Sozialdemokratie gelang, in den Verhandlungen die berechtigten Wünsche der Matrosen zu erfüllen, wurde großes Unglück verhütet.

In der Demonstration kam auch die sornige Erbitterung gegen die Urheber und Verantwortlichen des unnützen Blutbades zum Ausdruck. Nun ist es schon mehr als merkwürdig, daß bis heute noch nicht amtlich festgestellt worden ist, wer denn eigentlich den Befehl zur Heranziehung der Truppen gegeben, wer verantwortlich hat, daß ihre Befehlshaber ein unannehmbares Ultimatum an die Matrosen gerichtet und dann die Kanonade begonnen haben.

Wir haben bereits betont, daß alle Umstände dafür sprechen, daß der Befehl von Ebert, allein oder mit seinen Freunden in der Regierung, gegeben worden ist. Aber warum wird das nicht mitgeteilt? Fürchtet Ebert die Verantwortung?

Auf alle Fälle muß in dieser traurigen und so schwerwiegenden Angelegenheit Klarheit, volle Klarheit geschaffen und daraus die politischen Konsequenzen abgeleitet werden. Darauf werden unsere Genossen in der Regierung bestehen.

Die Situation des Kabinetts bleibt also kritisch, und die allerhöchsten Tage müssen die Entscheidung bringen. Daß das Kabinett in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung fortbestehen könnte, erscheint uns wenig wahrscheinlich.

War der Verlauf der Demonstration ein ermutigender und erhebender, so hatte dies doch ein Nachspiel, das besser ununterschieden wäre. Eine Gruppe Demonstranten besetzte den „Vorwärts“, und es bedurfte erst längerer Verhandlungen, bis das Gebäude am Donnerstag wieder freigegeben wurde. Der Beschluß der revolutionären Obmänner, den wir an anderer Stelle wiedergeben, schildert durchaus richtig die Stimmung, aus der der Handstreich geboren wurde. Die Berliner Arbeiterschaft kann nun einmal nicht vergessen, unter welcher erbitternden Umständen sie um den Besitz ihres Blattes, für das sie so viele Jahre alle Anstrengungen eingesetzt hat, gekämpft worden ist. Und die Haltung des „Vorwärts“ im Kriege und der Revolution hat das Maß der Erbitterung noch gesteigert. Aber in solchen Handstreichern sehen wir kein geeignetes Mittel, das gebeugte Recht wiederherzustellen.

Der Zwischenfall mit dem „Vorwärts“ hat zu den wildsten Gerüchten über den Sturz der Regierung und die Uebernahme der Macht durch Ledebour und Liebknecht geführt. Daran ist natürlich kein wahres Wort. Diese Gerüchte beleuchten nur den kritischen Zustand, in dem sich die Regierung befindet. Die nächsten Tage müssen nach der einen oder anderen Seite eine Entscheidung bringen.

Über den Verlauf der Demonstrationen erhalten wir folgende Berichte:

In der Siegesallee.

Die revolutionären Obleute und Vertrauensmänner der Groß-Berliner Betriebe hatten für den 1. Feiertag, nachmittags 2 Uhr, die Arbeiterschaft Berlins in die Siegesallee gerufen, um dort gegen die blutigen Vorgänge vom Dienstag zu protestieren. Trotz des kühlen Wetters und der verspäteten Aufforderung, die nicht in alle Hände gelangen konnte, waren Tausende erschienen.

Vor dem Roland-Brunnen hielt ein Matrose, der die Verletzung des Marzalls geahndet hatte, eine Ansprache. Er schilderte noch einmal die Quatreibereien, die von der Kommandantur seit Wochen gegen die Volksmarinereiberei unternommen worden waren. Die Marine habe guttrot den revolutionären Funken, der während des Krieges unterirdisch im Volke glühte, zur Flamme entfacht. Sie habe von Kiel aus die Revolution durch ganz Deutschland getragen und für ihr Verhalten jedenfalls einen ganz anderen Dank verdient, als daß man sie sang und klanglos aus Berlin hinausbefördere, wie es Absicht der Kommandantur gewesen sei.

Die Matrosen wollten durch ihre Demonstration von Freitag lediglich ihre Rechte gewahrt wissen. Wäre ihnen die Wohnung ausgehakt worden, so wäre es ihnen nie eingfallen, vor die Kommandantur zu gehen. Statt den Matrosen das ihnen zustehende Recht zu gewähren, habe man ein Panzerauto gegen sie mobil gemacht und auf sie geschossen. Wie habe es in der Absicht der Volksmarine gelegen, die Kommandantur oder die Regierung zu vergewaltigen. Das habe die Marine auch während der Nacht von Montag zum Dienstag bewiesen. Sie sei des Glaubens gewesen, daß der Konflikt nurmehr durch Verhandlungen beigelegt werden könne. Ledebour habe ihnen das früh um 3 Uhr noch versichert. Die Mehrheit der Matrosen sei deshalb nach Hause gegangen. Früh gegen 10 Uhr wäre er plötzlich vor das Tor des Marzalls gerufen worden. Dort hätten ein 18-jähriger Leutnant und mehrere bis an die Zähne bewaffnete Soldaten gestanden und habe ihm das bekannte Ultimatum überreicht.

Er habe seine Kameraden sofort davon verständigt, und jeder einzelne habe die Versicherung abgegeben, daß er lieber sterben wolle, als daß er sich dieser schändlichen Zumutung fügen werde. Die Matrosen hätten sich verpflichtet, nicht eher aus Berlin herauszugehen, als bis die revolutionäre Arbeiterschaft dies fordere. Sie hätten deshalb die weiße Fahne nicht gehißt, und um Punkt 3 Uhr habe dann die Schikerei eingesetzt. Wenig Waffen und Maschinengewehre hätten den Verteilungen zur Verfügung gestanden. Drei Matrosen bedienten zwei Stunden lang ein Maschinengewehr, bis sie durch einen Kollisionsfall getötet worden seien. Er habe wiederholt gefragt, ob man die weiße Fahne nicht hochziehen wolle. Dies sei immer wieder abgelehnt worden. Da die Truppen des General Requis die Schloßzentrale besetzt gehalten hätten, wäre es unmöglich gewesen, ärztliche Hilfe zu rufen. Die Verwundeten hätten ohne Verbände gelegen. Er habe sie gefragt, ob er in ihrem Interesse die weiße Fahne hissen solle. Dies sei immer wieder verweigert worden. Sie wollten lieber verbluten, als sich den faisch unterrichteten Soldaten des General Requis zu ergeben.

Die Ausführungen des Matrosen fanden stürmischen Beifall. Er wurde immer und immer wieder durch begeisterte Zurufe unterbrochen. Als er von den Toten sprach, entblühten die Versammelten das Haupt. Im Anschluß daran sprachen noch Liebknecht, Ledebour und Rinker.

Liebknecht sagte, daß das Vorgehen gegen die Matrosen im Einklang stehe mit den Vorgängen des 8. Dezember. Die Matrosen hätten durch ihr mutiges und tapferes Verhalten der revolutionären Arbeiterschaft ein Beispiel gegeben, wie sie zu kämpfen habe. Die Regierung Ebert-Scheidemann habe das Blutbad verschuldet. Noch immer lägen in der Umgebung Berlins konterrevolutionäre Truppen, so der General Requis habe heute in einem Interview der „Vossischen Zeitung“ sogar erklärt, daß noch viel mehr Truppen zusammengezogen werden müßten, um gegebenenfalls gegen das Volk zu marschieren. Demgegenüber gebe es nur eine Parole: Entwaffnung sämtlicher Offiziere, Beseitigung der militärischen Kommandos, Bewaffnung des revolutionären Proletariats. Er fand stürmische Zustimmung.

Genosse Ledebour schilderte den Gang der Verhandlungen zwischen den Matrosen und der Regierung. Er sei noch früh um 4 Uhr vor dem Reichslanzkloppais gewesen, habe dem dortigen wachhabenden Offizier erklärt, daß er von den Matrosen zur Verhandlung beauftragt sei. Es dürfe in keinem Falle gegen die Matrosen etwas unternommen werden ohne seine Zustimmung. Er habe außerdem dem Leutnant seine Telefonnummer angegeben und ihm gesagt, daß er jederzeit zur Verfügung stehe. Trotzdem habe die verhängnisvolle Schikerei stattgefunden. Der Befehl, gegen die Matrosen in Aktion zu treten, könne nur von Ebert oder Scheidemann ausgegangen sein. Dieser brutale, nichtswürdige Akt, der gegen die Matrosen ohne jeden Grund

unternommen worden sei, fordere den schärfsten Prozeß des revolutionären Proletariats heraus. Das Volk danke den Matrosen für ihre herrliche revolutionäre Liebeszeugung, die sie bis in den Tod verfolgten hätten. Durch das Wirken der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei seien den Matrosen ihre Rechte gewachsen. Auch Ledebour fand stürmischen Beifall.

Vor dem Marzall.

Hierauf ordneten sich die Massen zu einem Zug und zogen nach dem Marzall. 25—30 000 Teilnehmer waren zu zählen. Voran schritten Matrosen mit roten Fahnen, sodann folgten einige Hunderte Soldaten, dann ein endloser Zug von Arbeitern aus den verschiedensten Berliner Betrieben. Im Zuge wurden Schilder getragen mit der Aufschrift „Hoch die Volksmarine-Division.“ Hochrufe auf die Matrosen erschollen immer wieder aus der Menge und pflanzten sich durch den endlosen Zug fort.

Vor dem Marzall hielt vom Balkon des Schlosses aus ein Soldat eine Ansprache. Er sagte, daß im Schloß ein tote Matrosen aufgebahrt lägen. Die unübersehbare Menge entblühte darauf das Haupt. Man habe mit den gemeinsten Mitteln gegen die Matrosen gekämpft und sogar Gasgranaten gegen sie verwendet. Die Menge rief entrüstete Parolen aus. Die bürgerliche Presse mit dem „Vorwärts“ verleumdete die Matrosen in der gemeinsten Weise, wenn sie zu behaupten wagte, Matrosen hätten das Schloß geplündert. Die Lebensmittel lagerten noch im Schloß und ständen der hungernden Berliner Bevölkerung zur Verfügung. Die Menge solle das Beispiel von Tapferkeit und Treue für die revolutionäre Sache, das die Matrosen gegeben hätten, ehren und den Toten schändern, daß sie in ihrem Sinne weiterkämpfen wollten bis zum endgültigen Siege der sozialistischen Republik. Die Menge hob in begeisterter Zustimmung die Hände.

Hierauf sprach noch einmal Karl Liebknecht. Seine Rede gipfelte in dem Schluß: Rieder mit Ebert-Scheidemann, die dieses Blutbad verschuldet haben! Entwaffnung der Offiziere und des Bürgertums! Bewaffnung des revolutionären Proletariats und Bildung einer Roten Garde!

Die Besetzung des „Vorwärts“.

Nachdem sich Liebknecht entfernt hatte, schien sich die Menge von dem Marzall zum „Vorwärts“gebäude angekommen war, erklärten die Führer des Zuges: Der „Vorwärts“ gehört der Berliner Arbeiterschaft, wir wollen ihn zurückerobern, um ihn ihr wieder zu geben.

Vor dem „Vorwärts“gebäude standen die Sicherheitsmannschaften. Nachdem man sich rasch mit ihnen verständigt hatte, schlossen sie sich der demonstrierenden Menge an und übergaben den Vertretern der Arbeiter die Schlüssel des Gebäudes. Darauf drang die Menge in das „Vorwärts“gebäude ein. Es muß aber ausdrücklich hervorgehoben werden, daß nur der Maschinenraum und die Segerei betreten wurden, während die Redaktionsräume nicht besetzt wurden.

Großes Aufsehen erregte es bei den Eingedrungenen, daß man im Hof des Gebäudes ein Panzerauto fand und in verschiedenen Räumen auch Maschinengewehre, die von dem Jäger-Wachkommando dorthin gebracht worden waren. Ein Redner wies die Demonstranten auf diese Waffen hin und meinte, freilich nicht außer acht lassend, daß es sich um den Besitz eines militärischen Kommandos handelte, daß der „Vorwärts“, der jede Sammlung von Waffen in privaten Händen so scharf verurteilt, sich selbst so überaus reichlich damit versehen habe, offenbar um gegen die revolutionäre Arbeiterschaft Berlins zu kämpfen, während Herr Weiß eine Trabanten zur Redaktion der „Roten Fahne“ geschickt habe, um dort Hausdurchsuchungen nach Waffen vorzunehmen, habe er gleichzeitig sein „Vorwärts“heim aufs reichlichste damit versorgt. — Des Panzerautos und einige der Maschinengewehre wurden dann in Beschlag genommen und fortgeführt.

Inzwischen hatten die Führer die Menge gefragt, ob sich in ihr Segerei und Papierschnitzer befänden. Nachdem sich mehrere gemeldet hatten, begab man sich in die Druckerei und stellte dort eine Reihe von Flugblätter in großer Anzahl her. Mehr als zwei Stunden wartete draußen die Menge, bis die Herstellung der Flugblätter beendet war.

Bald darauf wurden die Flugblätter ausgegeben. In ihnen wird erklärt, daß der feiner Zeit vom Parteivorstand Ebert-Scheidemann den Berliner Arbeitern gewährte „Vorwärts“ un-

Mehr in die Hände seiner rechtmäßigen Besitzer wieder übergegangen sei; der bisherige „Vorwärts“ wird als Lügen- und Betrug bezeichnet und es wird versichert, daß er jetzt von dem „Neuen Vorwärts“, der die laudable Wahrheit verkünden werde, abgelöst sei.

Bis zum Abend des zweiten Feiertages hielten Mannschaften des Sicherheitsdienstes des „Vorwärts“ Besatz. Gegen Abend erschien der Chefredakteur des „Vorwärts“, Friedrich Stampfer, in einem Auto und wollte sich in das Vorwärtsgebäude begeben. Er wurde von Matrosen freundlichst aufgefordert, in einem bereitstehenden Marineauto Platz zu nehmen, das mit ihm schnell davonfuhr. Wie es heißt, wurde er nach dem Marzial gebracht, dort aber bald wieder freigelassen.

Im Abgeordnetenhaus fand dann eine Konferenz der verschiedenen interessierten Stellen statt, der auch Vertreter der Regierung beizuhören.

Von den revolutionären Obleuten der Betriebe wurde wiederholt gefordert, daß wenigstens den anderen sozialistischen Organen die gleichen Papierenmengen zur Verfügung gestellt würden wie dem „Vorwärts“. Im übrigen behauptet man nicht darauf, die Besetzung des Vorwärts-Gebäudes aufrechtzuerhalten.

Nach längeren Besprechungen kam eine Verständigung zustande. Die Gebäude in der Lindenstraße wurden wieder freigegeben, der „Vorwärts“ kann ungehindert erscheinen.

Ueber die Stimmung in der Arbeiterschaft, die zu der Besetzung des „Vorwärts“-Gebäudes führte, gibt folgender

Beschluß der revolutionären Obleute

Kurzfaß:
Die Versammlung der revolutionären Obleute und Vertrauensleute Groß-Berlins vom

28. Dezember 1918 hat volles Verständnis für den Groß der Arbeitermassen, der am 25. Dezember zur Besetzung des „Vorwärts“-Unternehmens geführt hat. Der ungeheuerliche Rechtsbruch, der vor zwei Jahren gegen die Berliner Arbeiterschaft begangen wurde, wird heute um so aufreizender von der revolutionären Arbeiterschaft empfunden, als der „Vorwärts“ in der letzten Zeit in der schamlosesten Weise alle christlichen und entschiedenen revolutionären Kreise sowie die Volksmarine-Division beschimpft hat.

Die revolutionären Obleute haben daher die dem „Vorwärts“-Heuten erteilte Lektion für wohlverdient. Aber sie halten das Vorgehen gegen den „Vorwärts“ nicht für den gegebenen Anlaß, den umfassenden Endkampf gegen die offene und verkappte Gegenrevolution aufzunehmen.

Die Versammlung der revolutionären Obleute empfiehlt daher die Aufgabe der Besetzung des „Vorwärts“-Gebäudes. Sie verpflichtet sich, alle Kräfte einzuziehen, die revolutionäre Entwicklung weiterzuführen und den Kampf für den Sozialismus zu Ende zu führen. In diesem Kampf ist selbstverständlich eingeschlossen der Kampf gegen die Regierung Ebert und deren Lakaien im „Vorwärts“.

Die Versammlung der revolutionären Obleute erkennt das Recht der Berliner Arbeiterschaft auf den „Vorwärts“ an. Sie ist der Meinung, daß die „Vorwärts“-Angelegenheit in dieser revolutionären Epoche sofort vom Volksgendrat der Groß-Berliner Arbeiterschaft in diesem Sinne geregelt werden muß.

Die revolutionären Obleute und Vertrauensleute der Groß-Betriebe Groß-Berlins.
J. K.: Paul Scholze, Paul Meyer, Rich. Komarowski.

Zu den Kämpfen um Schloß und Marzial.

Zu den blutigen Vorgängen am Dienstag liegen noch mehrere Berichte und Äußerungen vor, die geeignet sind, den Sachverhalt weiter aufzuklären. Wir lassen sie hier im einzelnen folgen:

Eine Darstellung der Volksmarine-Division.

Von dem Mitglied Lott des Generalkomitees der Marine (Wer Ausfüh), der an den Verhandlungen zwischen der Regierung, den Gardetruppen und der Volksmarine-Division teilgenommen hat, wird folgende Darstellung der Ursachen und Entwicklung der Vorfälle gegeben:

Es muß hervorgehoben werden, daß sich die Zahl der Matrosen in der Volksmarine-Division schon seit längerer Zeit selbst reduziert hat, und zwar von 8200 und 1800 Mann. Tatsache ist, daß die Volksmarine-Division zur Etablierung der Revolution in den ersten Tagen von der Regierung selbst angefordert und gebildet wurde. Die den Matrosen zur Last gelegten Diebstähle im Schloß sind, wie die bisherigen Ermittlungen ergeben haben, in den ersten Tagen zum größten Teil von Plünderern ausgeführt worden, ehe die Matrosen aus Turmhaken hier anwesend waren und das Schloß besetzt hatten. Die Bestrebungen auf Räumung des Schlosses durch die Matrosen wurden schon längst erfüllt worden sein, wenn der Vertrag mit dem Finanzministerium von Seiten der Regierung innewechen und den Matrosen die Möglichkeit gegeben worden wäre, im Marzial-Kontrollraum zu verbleiben.

Auf Grund der Anforderung der Regierung waren am 23. Dezember abends die Schlüssel des Schlosses in der Reichskanzlei abgegeben worden, die Forderung zur Räumung des Schlosses also bereits endgültig erfüllt. Als darauf die Matrosen ihre vollständige Abnahme verlangten, wurde von der Stadtkommandantur die Forderung an sie gerichtet, die Schlüssel bei der Stadtkommandantur abzugeben, anderenfalls sie kein Geld bekämen. Die Schlüssel befanden sich zu dieser Zeit nicht mehr in den Händen der Matrosen, sondern waren bereits im Besitz der Regierung.

Diese Handlungsweise veranlaßte, daß sich der Unwille bedenklich steigerte und zu der Demonstration vor der Kommandantur führte. Von keinem Führer der Matrosen-Division war der Befehl hierzu erteilt worden. Ein spontan eingelenkter der Matrosen selbst zur ruhigen Demonstration über, weil sie auf Grund der Erfahrungen der Meinung waren, auf einem langwierigen Verhandlungswege nicht zur Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen zu gelangen. Erst als der Demonstrationsschwarm von einem Panzerautomobil in der Nähe der Kommandantur beschossen wurde, kam es zu den bekannten Vorfällen. In diesem Augenblick erhielt Lott erst Mitteilung von den Vorgängen.

Inzwischen hatten die Matrosen die Reichskanzlei besetzt, da sie der Meinung waren, daß nach Erfüllung der gestellten Bedingungen (Ablieferung der Schlüssel) die Volksmarine-Division nicht das Notwendige erhalten hätte, um den Matrosen in ihren Abnahmeforderungen zu ihrem Recht zu verhelfen. In dem am 24. d. M. abends daraufhin geleiteten Unterhandlungen in der Reichskanzlei gelang es, eine Einigung dahin zu erzielen, daß sowohl die Matrosen, als auch die von der Regierung herbeigeführten Potsdamer Gardetruppen in aller Stille zurückgezogen wurden, in der Voraussetzung, daß im Laufe des Vormittags des 24. Dezember die Angelegenheit der Matrosen auf dem Verhandlungswege zwischen der Regierung und den beauftragten Vertretern erledigt werden sollte.

Im Laufe der Nacht belagerten aber die entgegen der Vereinbarung nicht nach Potsdam zurückgehenden Truppen die Umgebung des Schlosses und Marzial. Um 7 1/2 Uhr am 24. Dezember wurde von den Gardetruppen unter Führung des Generalkommandanten Hoffmann den Matrosen ein Ultimatum mit einer Entscheidungsfrist von 10 Minuten gestellt, dessen Annahme den Matrosen auf Grund der am Abend mit der Regierung getroffenen Vereinbarung nicht möglich war. Es muß also nochmals betont werden, daß entgegen allen Abmachungen mit der Regierung um 8 Uhr mit der Besetzung des Schlosses seitens der Gardetruppen begonnen wurde.

Lott erhielt von diesen Vorgängen erst um 9 Uhr im Reichskanzlei Kenntnis. Er begab sich mit mehreren Mitgliedern des Ober-Ausschusses nach der Reichskanzlei und erhielt dort nach längeren Unterhandlungen gegen 12 Uhr eine Vollmacht, die ihn berechtigte, Verhandlungen zwischen den das Schloß belagernden Gardetruppen und der Volksmarine-Division zu führen. Als anfangs die Vollmacht nicht anerkannt werden sollte, wurde auf telephonische Anfrage von der Reichskanzlei bestätigt, daß Ebert nicht kommen könne und die Vollmacht in Händen von Lott läge.

Im Weiseln von Ledebour und Däumig wurde zunächst vollständige Waffenruhe auf unbestimmte Zeit vereinbart und daraufhin neben dem Stab der Potsdamer Truppen die Führer der Volksmarine-Division und der Berliner Gardetruppen zu einer Sitzung hinzugezogen, an der auch die inzwischen erschienenen Bevollmächtigten der Regierung Cohen-Neuß und Richard Müller teilnahmen. Die Verhandlungen brachten die Leisanten Vereinbarungen.

Im Verlaufe der Verhandlungen wurde besonders von Generalkommandant Hoffmann und dessen Stadtkommandanten wiederholt betont, daß die Potsdamer Truppen nur auf Befehl der Regierung abzurufen seien. Von welcher Seite,

resp. von welcher Seite dieser Befehl gegeben worden ist, werden erst die näheren Ermittlungen ergeben. Von dem wirklichen Sachverhalt, der den Matrosen zu ihrem Vorgehen Veranlassung gab, war den Führern dieser Truppen nichts bekannt. Leider sind diese Truppen erst vor einigen Tagen aus Pommern zurückgeführt und waren über die richtigen Verhältnisse und die Tätigkeit der Marine als Sicherheitskräfte der Regierung nicht orientiert. Die Verschärfung des Konfliktes ist also noch obiger Mitteilung in der Hauptsache deshalb eingetreten, weil die Potsdamer Gardetruppen angeblich im Auftrag der Regierung, aber entgegen dem am Abend getroffenen Abmachungen mit der Regierung am Morgen des 24. Dezember mit Turmkräften ein Ultimatum und der daraufhin sofort eingeleiteten Besetzung der Matrosen überraschten, die eine weitere Regelung ihrer Angelegenheit von der angestrebten Verhandlung erwarteten müßten.

Generalleutnant Lequis über die Vorgänge.

Ein Mitarbeiter der „Post“ 31g. hatte eine Unterredung mit dem Führer der Truppen, die die Kommande auf das Schloß besetzten, dem Generalleutnant Lequis.
Aus seinen Äußerungen verdient hervorgehoben zu werden, daß er über die Stimmung der ihm unterstehenden Truppen erklärte: „Die Soldaten hatten wie ich selbst den Eindruck, daß die Regierung sie herein zu lassen. Für sie war Ebert der Mann, der die Regierung repräsentierte. Sie identifizierten Ebert geradezu mit der Regierung.“

Man kann fragen, wie die Truppen dazu kamen, gerade in Ebert den Repräsentanten der Regierung, ja, die Regierung an sich zu erblicken. Jedenfalls muß diese Äußerung auch im Auge behalten werden, wenn Lequis dann über die Vorgänge am Montag und Dienstag sagte: „Durch das Auftreten der Matrosen kam die Regierung in die schwerste Gefahr. Ich erhielt von ihr den Befehl, vorzugehen. Zunächst wurden mit allen Truppen um Berlin unterstellt, das heißt, zu meinen eigenen Divisionen das 3. Reservekorps und die Garde hinzugefügt. Außerdem wurde mit zunächst die Kommandantur, da der Kommandant Weis nicht mehr rechtlich gefangen genommen war, unterstellt.“

Es ist natürlich vollkommen und genauestens festzustellen, von wem der Befehl der Regierung gegeben wurde. Nicht uninteressant ist schließlich, was Herr Lequis über die augenblickliche Lage seinem Auftrager gegenüber äußerte: „Es ist nicht nur das Verhalten der Regierung, sondern auch besonders das meinige gewesen. Stützpunkte nach Möglichkeit zu vermeiden, denn kein Offizier im Heere wünscht den Bürgerkrieg. Aber ich verdrückte mich trotzdem nicht der Erkenntnis, daß es zur Zeit größere Truppenmengen benötigten würde, um militärisch dauernde Ruhe, Ordnung und Sicherheit wieder herzustellen und einer harten Regierungsgewalt die Macht zur Durchführung ihrer Anordnungen zu verleihen.“

Matrosen und Garde.

Der Kommandeur der Franzer, Soiers, versendet eine längere Darlegung, der wir folgendes entnehmen:
Entgegen den Nachrichten verschiedener Zeitungen, die Franzer hätten sich an den Straßenkämpfen vom 23. d. M. Dezember mit den Matrosen zusammen beteiligt, erkläre ich hiermit, daß das Regiment Franze mit seinem einzigen Mann dabei beteiligt war.

Bezüglich der Solidarität der Garde mit den Matrosen gebe ich hiermit unter Klarstellung der Vorgänge der letzten Katastrophe folgende bündige Erklärung ab:

Die Garde hat sich, unter Voraussetzung der Regierung Ebert-Hoese, mit der Volksmarine-Division solidarisch erklärt und steht trotz allem auch jetzt noch mit derselben Schulter an Schulter, wie es Kammeraden gegenseitig im Gegensatz zu Leuten, die auf eigene Brüder schließen. Wir sind uns bewußt, daß die Marine einen großen Mißgriff tat, indem sie die Regierung absperrte und so die Vertreter derselben an ihrer Arbeit hinderte. Deshalb ist auch das Gardekorps am 23. und 24. mit den Matrosen nicht marschiert, weil es eben in der Besetzung der Regierung ein Nichterhalten des Abkommens zwischen Garde und Volksmarine-Division sah. Die glatten Tatsachen über die Vorgänge sind folgende:

Es herrschte schon lange eine Unstimmigkeit zwischen der Volksmarine-Division und Weis, welcher auf ein Schreiben des Finanzministeriums hin, die Matrosen zur Räumung des Schlosses sowie zur Verhinderung ihrer Kopfgeldjäger zwingen wollte. Die Forderungen des Stadtkommandanten äpfelten darin, daß er die Auszahlung der Kompetenzen der Matrosen von der Räumung des Schlosses abhängig machte; ich selbst war Augenzeuge, daß am 23. Dezember etwa mittags 12 Uhr die Matrosen tatsächlich gepöbelt waren, um in das ihnen zugewiesene Quartier in der Französischen Straße abzurufen. Es ist also dokumentiert, daß es am guten Willen der Matrosen nicht geblieben ist.

Sie sagten sich aber, da das Schloß Nationalgenium ist, gedenken die Schlüssel der Regierung und nicht Weis. Daher hat nun weigerte sich, die Abnahme auszuführen, bevor die Matrosen ihn selbst nicht die Schlüssel übergeben hätten. Es entstand darauf große Aufregung bei den Matrosen, die dann der Kommandantur riefen und schließlich auch unglücklichweise die Regie-

rung absperrten. Es ist dies eine nicht zu entzweifelnde, aber aus der übergroßen Erregung hervorgerufene Handhabung der Marine gewesen. War es denn wirklich so wichtig, daß nachdem die Schlüssel in den Händen der Regierung waren, Weis dieselben persönlich haben mußte? Würde es denn nicht möglich gewesen, die Schlüssel von der Regierung zur Stadtkommandantur durch einen Kurier holen zu lassen? Würden deshalb wegen persönlicher Animosität oder Selbstgefälligkeit, denn anders ist es nicht auszusagen, am Weihnachts-Feiertag eine Menge Kameraden niederschossen werden? Auch war die Katastrophe aus anderen Gründen gut zu vermeiden; denn erstens hat das Gardekorps durch eine Deputation, der ich selbst angehörte, Ebert persönlich und mit ihm der ganzen Regierung Ebert-Hoese versichert, daß es geschlossen hinter der Regierung stehe. Warum hat danach die Regierung nicht zunächst einmal die Garde benachrichtigt? Diese hätte dann unfehlbar durch Vermittlung zwischen Weis und Marine-Division unzulässige Klärung geschaffen. Anstatt dessen übergab die Regierung die Sache dem General Lequis, der schon, wie einwandfrei festgesetzt ist, tagelang mit seinen wenig aufgearbeiteten Mannschaften auf den ersten Schlag in Berlin gewartet hat, um den Berliner „auf die Schenke zu schlagen“. Würde gerade dieser Offizier der Oberbefehl übertragen werden? Es wäre doch auch möglich gewesen, die Truppen nicht wochenlang in Neu-Babelsberg festzuhalten, sondern nach altpommernem Muster wie alle anderen aus dem Felde zurückkehrenden Truppen zu demobilisieren.

In der Sache der Lohnzahlung an und für sich war die Volksmarine-Division in ihrem Recht. Nachdem die Marine die Revolution und Freiheit nach Berlin gebracht hat, wird gegen diese beim Militär und im Publikum eine systematische Besetzung getrieben. Anlautelemente befinden sich überall und jeder sollte vor seiner eigenen Tür stehen, ehe er über andere den Stab bricht. Division, die Garde, und ich glaube im Sinne aller Regimenter sprechen zu dürfen, werden den „Mörkern, der seine Schuldigkeit getan hat“, nicht gehen lassen. Wir werden die Leute, die uns am 9. November aus der Kaserne herausholten und die bis jetzt immer noch mit uns an einem Stränge zogen, nicht wegschlagen und werden von ihnen nicht abrücken. Sie sind und bleiben unsere Kameraden und sind nach wie vor auch jetzt auf unserem Standpunkt, indem sie den Uebergriff der Regierung gegenüber bedauern, für die Regierung Ebert-Hoese, für die Republik, für Hochhaltung der Errungenschaften der Revolution und für einen baldigen brotbringenden Frieden.

Die Interessen des Finanzministeriums.

Das Finanzministerium bittet, folgende Darstellung der Sachlage, soweit es an den Vorgängen zwischen Kommandantur und Volksmarine-Division Anteil hat, zur Kenntnis zu bringen. Dem Finanzministerium unterliegt die Verwaltung der Beschlagnahmten Schlüssel. Es hat jedoch mit Abnahme der Mannschaften, Größe von Truppenbeständen, ihrem Abtransport nichts zu tun. Es handelt sich für das Finanzministerium lediglich darum, die ihm zur Verwaltung übergebenen Werte sicherzustellen und zu erhalten. Demgegenüber steht die Tatsache, daß vom 10. November ab im Schloß dauernd gestört wurde; bis jetzt sind Werte im Wert von einigen Millionen Mark verlorengegangen. Als die Veränderungen nicht nachstehen wurden die wichtigsten und unerlässlichen Kunstwerke im Wert von fast zwanzig Millionen Mark durch Ueberführung in die öffentlichen Museen geborgen. In letzter Zeit wurde die Sachlage durch die Energie der neuen Führer der Volksmarine-Division besser. Das Finanzministerium fand solche Verhandlungen für seine Aufgabe sowohl bei der Kommandantur als bei den Vertretern der Volksmarine-Division. Beide Teile waren mit dem Finanzministerium einer Meinung darin, daß das Schloß unberührt und so schnell wie möglich geräumt werden müsse. Es wurde zuletzt, vor etwa zehn Tagen, eine dahingehende Einigung zwischen den Führern der Volksmarine-Division und der Kommandantur erzielt. Davon ist dem Finanzministerium ordnungsgemäß Mitteilung gemacht worden; die Räumung selbst erfolgt jedoch nicht.

Als sich herausstellte, daß die Verhandlungen zwischen den beiden Parteien auf einen toten Punkt angekommen waren, verhandeln mit ihnen Vertreter des Finanzministeriums unter Aufsichtung aller anderen Kräfte an der Räumung, allerdings ergebnislos. Damit war die Möglichkeit des Finanzministeriums bei der Ausführung der Differenzen und den Unterhandlungen zwischen Kommandantur und Volksmarine-Division erlosch.

Bevor sei nur noch, daß das Finanzministerium immer den Standpunkt vertreten hat, daß nicht nur die Marine-Division auf dem Schloß verweilen soll, sondern daß auch andere Truppen nicht in das Schloß hineindürfen.

Ein Gang durch das Berliner Schloß.

Ueber die Zustände im Schloß geht uns folgender Bericht zu. Wie in den vorhergehenden Wochen haben sich wieder Matrosen vor dem Schloß und halten alle Eingänge besetzt, um zu verhindern, daß Unbefugte eindringen und zu plündern versuchen, wie dies am Dienstag vormittag während der Kämpfe der Post war. Bei 1 und 2, der ehemalige Parade- und Exercierplatz, haben durch die Schüsse der Artillerie nicht unbedeutend gelitten. Ein Geschütz ist in den Eingang zum großen Weisfeller des Schlosses eingebracht und hat die mochten, gemauerten Querbänke wie dünne Holzstäbe zertrümmert. Auch die beiden mächtigen Säulen, die die Fassade aus dem großen Hof flankieren, sind zerbrochen. Der Eingang weist in hoher Deutlichkeit die Spuren der Handgranaten auf, mit denen die Infanterie die mächtigen, eisernen Löwe sprengte. Ueber die große Marinestreppe, auf der noch zahlreiche Namen mit Gewehrklugeln liegen, an einem Helmschutz vorbei, das den Angreifern abgenommen worden war, gelangt man in das „Japanische Zimmer“. In dem Erler dieses nach der Spitze zu gegenüber Canals, dessen Fensterbänke gebrochen sind, steht noch das Rasiermesser, mit dem die Matrosen die Ruchstöße unter Feuer hielten und das Aufhängen von Artillerie dort verhängerten. Die Verteilung in diesem Zimmer haben einen schweren Stand gehabt, wie die zahlreichen Kugellöcher in dem Gemach beweisen. Die mit schönen Intarsien eingeleigten Möbel sind fast unbedeutend geblieben, dagegen sind alle japanische Waffen zertrümmert worden. Das daneben gelegene Adjutantenzimmer hat weniger gelitten. Unter den Glasfüßen stehen unversehrt noch immer die feingearbeiteten feidrigianen Weisfalten und die zahlreichen Schlagschilde sind unversehrt. Auch im „Sternensaal“, wo die Fahnen und Standarten der Berliner Garde-Regimenter aufbewahrt werden und wo die naturgetreuen in Silber getriebenen Modelle der ersten Kurbrandenburgischen Flotte zu sehen sind, findet man an den Wänden nur wenige Spuren von Maschinengewehrklugeln. Schwere verunstaltet ist dagegen der über dem Portal IV gelegene Festsaal, wobei die Artillerie mehrere Treffer gefügt hat. Von den Fensterkreuzen findet man keine Spur mehr. Die Teppiche sind mit Schutt bedeckt. Eine Granate ist durch die nach vorne gerichtete Rückwand hindurchgegangen und in die Mauer des Hofes gefahren. Der Thronsaal ebenso wie der Saal des Saal, die ehemalige Bibliothek sind fast unversehrt. Zu weißen Marmoraltären, dessen Fensterbänke zertrümmert sind, kommt man an den Wänden Spuren von Gewehrklugeln sehen. Auch in dem Saal sind die Königskammern, die ehemaligen Obergewölbe abgenommen. Granatplitter und Kugeln, zertrümmertes Alt-Weisener und Weißer Porzellan zertrümmert. Der lange Saal des Saal war soeben des Kampfes in einen Verbrennungsraum umgewandelt worden. Noch sieht man dort die Schüsseln und Kannen mit Wasser

Die blutigen Verhandlungen und unter dem Fenster liegt der Matrose Lind, der bereits am Montagabend bei den Kämpfen getötet worden ist. Die Kameraden haben ihn dort oben einzuwickeln aufgehört. Die ehemaligen Genossen der Kaiserin und der Hofdamen sind kaum beschädigt. Unter den Fenstern hängen stehen noch die Maschinengewehre, die gar nicht in Tätigkeit getreten sind. Die Privatzimmer des Kaisers sind ebenfalls wie die meisten anderen Räume, die nicht zur Unterbringung der Matrosen nötig sind, vom Finanzministerium verschlossen worden. In einer kleinen Vorhalle des zweiten Hofes liegen noch fünf tote, die Matrosen Bachmann, Jvide, Jergen, Genfer von der republikanischen Soldatenwehr und ein Jäger Schmidt aus Johannisthal. Die nach dem Schloßplatz gelegenen Räume haben ebenfalls nur wenig Schaden durch die Kämpfe davongetragen. Auch sie waren zur Verteidigung hergerichtet und noch liegen auf dem Mittelhof die Handgranaten aufbereitet da.

Die Matrosen bekamen immer wieder, daß sie, soweit dies während der Kämpfe möglich war, Veränderungen verbieten sollten. Die am Vormittag eingedrungenen Jüdischen, von denen viele Säcke bei sich trugen, um die Beute bergen zu können, konnten zurückschickelt werden, und auch von den Infanteristen, die das Schloß gekürrt haben, hat sich niemand an dem Rationaleigentum vergreifen.

Eine Kundgebung der Mehrheitssozialisten

Die Mehrheitssozialisten beabsichtigen, heute, am Freitag, nachmittags 2 Uhr, eine große Kundgebung gegen die Sparta-Ausgruppe zu veranstalten. Auf einer Reihe öffentlicher Plätze sollen Versammlungen abgehalten werden. Durch Flugblätter und auf andere Weise — so beispielsweise durch Ansprachen, die in den Theatern während der Pausen gehalten werden — ist eine lebhafteste Propaganda dafür entfaltet worden.

Der Charlottenburger Sicherheitsbeamte, der im Deutschen Opernhaus zur Beteiligung an der Kundgebung einlud, brachte es fertig, für das Blutbad in den letzten Tagen den Sportklub und die Unabhängigen verantwortlich zu machen. Das ist natürlich eine freche Unterstellung. Wenn mit den Demonstrationen beabsichtigt ist, die Unabhängigen in dieser Weise zu verdächtigen, so wird das freilich ein vergebliches Mühen sein. Zunächst wird einmal festgestellt werden müssen, wer dem General Requisite den Auftrag zu seinem Vorgehen gegeben hat. Zeigt sich, daß er von den Oberst und Scheidemann kam, so werden alle Vertrauenskundgebungen ihrer Anhänger von ihnen nicht die Verantwortung nehmen können, die sie damit auf sich geladen haben.

Eine Erklärung des Genossen Dr. Cohn.

Eine Rechtfertigung für die Annahme des russischen Geldes.

Der Internationalsekretär im Reichsjustizamt, Genosse Dr. Cohn, gibt zum letzten Punkt des ehemaligen russischen Botschafters in Berlin Joffe folgende Erklärung ab: Früher, als geplant, bin ich aus Rom nach Berlin zurückgekehrt. An die vorbereitenden Besprechungen im Hauptquartier der Sozialisten in Berlin nahm ich teil. In diesen Verhandlungen mit Vertretern der Sowjetrepublik über die Rückführung und die Lage der russischen Kriegsgefangenen (siehe, und ich wollte dann zu weiteren Besprechungen darüber und über die Lage der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen in Russland nach Moskau reisen, was ich schon gegen Mitte Dezember dem Genossen Tschischewin, Volkskommissar für die auswärtigen Angelegenheiten, in einem Punktbrief angefragt hatte). Das Tauschgeschäft hat sich aber für beiderseitig gehalten, die von meiner Abreise vereinbarte Abwendung des Punktbriefes zu unterlassen, über die Vertreter der Sowjetrepublik zu den Verhandlungen einladen sollte. Damit wurde der weitere Aufenthalt in Rom notwendig.

Der Punktbrief des Genossen Joffe vom 16. Dezember ist mir im Wortlaut erst nach meiner Rückkehr nach Berlin bekannt geworden. Er erwähnt auch mich, darauf antwortete ich: Meiner Tätigkeit als Rechtsbeistand der russischen Wirtschaft in Berlin werde ich mich mit Vergnügen betätigen. Ich denke auch oft und gern an die politischen Beziehungen, die ich mit dem Genossen Joffe und meinen übrigen russischen Freunden geknüpft habe. Ueber das Ziel bestand die Übereinstimmung über die Voraussetzungen, die Methoden und die Formen der deutschen Revolution waren wir nicht durchweg einer Meinung. Niemals aber war ein Streit darüber, daß die Parteien der sozialistischen Internationale miteinander mit Rat und Tat helfen müssen. Meine persönliche Bekanntschaft mit August Bebel und Paul Scherger und — um nur einen Lebenden zu nennen — mit Wilhelm Pieckert, der sich große Mühe gab, daß ich vor, während und nach der russischen Revolution von 1905 finanzielle Wünsche russischer Sozialdemokraten, menschenwürdiger wie bolschewistischer, beim deutschen Parteivorstand vertreten und unterstützen dürfte. Wie wir haben dabei Bebel und Scherger unter großen Schwierigkeiten die Sache der russischen Genossen gegen die internationale Parteiführerschaft des einen oder des anderen Mitgliedes der Parteivorstandes geführt! Aber auch jene Sozialisten fragten immer nur nach dem Maße der Förderung, nicht aber, wie sehr der Bolschewismus sei, ob ein Sozialdemokrat mit fremden Geldern und mit fremdem Geist an unheimlichen Wanktänzen teilnehmen dürfe!

Die Freiheit! vermag nicht glücklichem bei der Verteilung des Punktbriefes Joffe dieses hohe Verbot, äußert sich aber leider so, daß der „Vormittag“ sie loben kann. Es scheint mir, daß die „Jugend“ manchen deutschen Gewerkschaften die Lohnkämpfe der Gewerkschaft im Ausland unterstützt, daß die Generalkommission der deutschen Gewerkschaften in den verschiedenen Generalstreik mit großen Geldmitteln einbringen sollte! Aber das war in der „Neuen Zeit“, und die Sozialdemokratie hatte damals noch nicht die Weisheit erlangt, daß der deutsche Sozialismus ein „Vorkampfbau“ sei und deshalb dem deutschen Arbeiter näherstehe als der Proletariat französischer oder russischer Junges.

Bedarf es also umständlicher Erklärungen und Begründungen, daß ich die Geldmittel, die mir die russischen Parteifreunde durch den Genossen Joffe für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung stellten, gern entgegengenommen habe? Revolutionen verhängen zwar nur einen kleinen Fruchtteil, wenn ein Tag Weltfriede gelostet hat — die Menschenleben ungeschont — aber immerhin beträchtliche Summen, und diese Summen muß die internationale Sozialdemokratie ausbringen, die in der Revolution die sozialistische Gesellschaftsordnung durchsetzen will. Davor entzieht sich der ehrenhafte Bürger und Kleinrentner, der freilich begütert oder wenigstens es zuzugeworfen ist, daß die verbrecherische Kriegspolitiker der alten Regierung Hunderte von Millionen verheimlichen hat, um englische Soldaten irischer Nation, mosambikanischer Krieger von französischer, russischer, englischer Staatsangehörigkeit zum Sturz des Kaiserthums und zum Abwehrkriege gegen den russischen Staat zu verheilen, in Indien, Mexiko, in der Ukraine usw. Revolutionen! Verheerungen!

Genosse Joffe hat mir das Geld in der Nacht vom 5. zum 6. November 1918 gegeben; mit den Summen, die er nach seinen kühnen Mitteilungen zum Ankauf von Waffen gegeben, hatte das

nichts zu tun. Ich habe das Geld seinem Zwecke zugeführt, nämlich der Verbreitung des Gedankens der Revolution, und bedauere nur, daß es mir die Umstände unmöglich gemacht haben, die ganze Summe schon aufzubringen. Offenlich kommt bald die Zeit, wo ich den russischen Parteifreunden Rechnung legen kann. Auf einen Irrtum darf ich den Genossen Joffe hinweisen: Die in Deutschland hinterlegten Werte hat er mir nicht ganz, sondern nur in Höhe von 4 Millionen Rubeln für die Zwecke der deutschen Revolution zur Verfügung gestellt. Jeder hat mir das Bankhaus wegen formeller Bedenken gegen die Vollmacht diese Summe nicht ausgehändigt, desgleichen nicht die übrigen Millionen, die ich für russische Kriegsgefangene und andere russische Kollaboranten verwenden sollte. Daraus habe ich der Sowjetregierung schon früher durch Punktbrief Kenntnis gegeben. Was mir Genosse Joffe an diesem Geld zur Unterbringung russischer Staatsangehöriger gegeben hat (800 000 R. und 60 000 Rubel), ist für diesen Zweck aufgebraucht. Ich erwarte eine Erklärung des Genossen Joffe, ob ich die notleidenden russischen Staatsangehörigen vorläufig aus den noch vorhandenen Parteigeldern unterstützen darf.

Wir stimmen dem Genossen Cohn durchaus darin zu, daß es nur rühmlich ist, wenn die Parteien der Internationale sich gegenseitig mit Rat und Tat, und auch mit finanziellen Mitteln unterstützen haben. Gleichwohl sind wir der Meinung, daß die Rettung der U. S. V. recht daran lag, daß sie die Annahme der russischen Gelder wiederholt ablehnte, weil es sich bei diesen Summen um Staatsgelder handelte.

Eine militärische Weihnachtsfeier.

Unglaubliches hat sich anläßlich einer Weihnachtsfeier, die am 23. Dezember im Obberitzer Lager stattfand, ein Offizier des 1. Garde-Fußartillerie-Regiments geleistet. Die Mannschaften dieser Formation waren an dem Tage zur Feier des Weihnachtsfestes nach dem früheren Offizierslokal bestellt worden. Dem geringen Bruchteil der dort zur bestimmten Zeit versammelten Mannschaften, der das mehr als zweifelhafte Vergnügen hatte, in den für die Feier ausgetretenen Saal zu gelangen — die meisten mußten draußen vor der Tür stehen bleiben — mußte sofort die an den Wänden prangende Bildtafel Vertreter des Hauses Hohenzollern auffallen.

Die „Feier“ begann, indem Hauptmann Hermes mit schmerzender Stimme kommandierte: Wir singen das Lied „Stille Nacht.“ Die dem Liede folgende Rede desselben Offiziers, die rein gar nichts Weihnachtsliches an sich hatte, war ihrem ganzen Inhalt nach nichts als eine energische Verwarnung gegen die vermeintliche Enttötung des Offizierskorps. Der Herr Hauptmann wünschte sehr, daß man ihn grüße, und stellte dafür jedem in Aussicht, wieder begrüßt zu werden. Falls jemand — wie es schon vorgekommen sein soll — davon Anstoß nehmen und den grüßenden Soldaten zur Rede stellen sollte, dann solle dieser einfach zuhauen.

Weihnachtliche Anordnungen wurden bei den Mannschaften früher als Aufmischung sehr streng bestrahlt. Das Verhältnis gegenseitiger Achtung zwischen Offizieren und Gemeinen“ will genannter Herr überhaupt recht bald wieder hergestellt wissen, da das Vaterland andernfalls nicht bestehen könne. Gegen den angeblich mit Heeresgut getriebenen Witzbrauch sprach er mit großem Eifer und betonte dabei besonders, zu den Mannschaften zu sprechen: Das betrifft euch! (Zwischenrufe: Und was haben die Offiziere im Felde gemacht? Sehr richtig! Bravo!) Die Rede des Offiziers, der noch ganz in den Klustapfen der alten militärischen Schule wandelte, hat bei den Mannschaften eine berechtigte und schmerzliche Empörung hervorgerufen. Aber auch gegen den Soldatenstand des betreffenden Regiments wurden Vorwürfe laut, weil er zu einer Weihnachtsfeier einen für den Zweck der guten Sache höchst ungeeigneten Redner herbeigekommen ließ. Die Soldaten sind des herausfordernden Tones der Gardeoffiziere satt. Sie haben vier Jahre lang so viel davon zu hören bekommen, daß sie jetzt nach Ansprachen verlangen, die dem Geist der neuen Zeit entsprechen und nicht Steine statt Brot bringen.

Eine Achtungserklärung.

Berlin, 26. Dezember. Ein Berliner Blatt hatte kürzlich geäußert, bereits zahlenmäßig mittelsten zu können, welche Summe an Kriegsanleihe durch die in Aussicht genommene Vermögensabgabe an das Reich zurückzuführen würde. Dazu ist zu bemerken, daß irgend welche zuverlässigen Angaben zur Zeit in der erwähnten Richtung um so weniger möglich sind, als weder die Höhe der Vermögensabgabe feststeht, noch eine Entscheidung darüber getroffen worden ist, inwieweit die Abgabepflichtigen gezwungen sein sollen, die Zahlung in Kriegsanleihe zu leisten. Voraussichtlich wird für einen Teil des Abgabebetrages die Zahlung in Kriegsanleihe vorgeschrieben werden, während bei dem Restbeitrag diese Zahlungsweise zugelassen, aber nicht zur Pflicht gemacht werden dürfte. Daß in noch weiterem Umfange als bisher Kriegsanleihe an Zahlungen statt gegeben werden wird, ist nach den bisherigen Erfahrungen mit Sicherheit zu erwarten.

Ein Friedenspunkt nach Frankreich.

Auf die Vermögen der französischen Friedensgesellschaften gegen einen Gewaltfrieden ist am 26. Dezember folgendes Punkttelegramm an den Vorsitzenden Prof. Charles Michel, Paris, abgegangen:

„Im Namen der Deutschen Friedensgesellschaft begrüßen wir die Sympathie Kundgebung der französischen Friedensfreunde in dankbarer und hoffnungsvoller Stimmung. Prof. Wilhelm Hücker, Pastor Hans Joande, Dr. Rudolf Berger (Berlin).“

Habsburgische Bestien.

Der Oberste Militärgerichtshof in Budapest gibt bekannt, daß nach den amtlichen Aufzeichnungen während des Krieges 11 400 Personen von den Militärgerichten zum Tode verurteilt und hingerichtet worden sind. 8800 wurden begnadigt, aber es ist nach vollzogener Hinrichtung. Das war ein Todesurteil! Die Verantwortlichen mußten für diese geschlichen Bestialitäten gesündigt werden.

Die Tschechen und die Ungarn.

Budapest, 24. Dezember. Das ungarische Telegraphen-Büreau meldet: Der Chef der Militärmission der Alliierten in Budapest, Oberstleutnant Wyz, überreichte dem Ministerpräsidenten Grafen Karolyi folgende Note: „Ich habe die Ehre, in Ergänzung meiner Mitteilung vom 3. Dezember zur Kenntnis zu bringen, daß nach einer vom Kommandierenden General der Alliierten erhaltenen Weisung die dem tschechischen Staat geforderte Grenze als die tschechische Grenze des slowakischen Bodens folgendermaßen festgelegt worden ist: 1. Die gegenwärtige Nordgrenze Ungarns, 2. die Westgrenze Ungarns bis zur Donau, 3. der Lauf der Donau bis zur Mündung der Eipel-Donau.“

4. Der Lauf der Eipel bis Kima-Donau (die Stadt Gombas zur Donau), 5. eine gerade Linie von Kima-Donau bis zur Mündung des Ungarischen und 6. der Lauf der Ung bis zum Ungarischen. Die endgültige Grenze wird auf der Friedenskonferenz von den Bevollmächtigten einvernehmlich festgestellt werden. Ich bitte Euer Excellenz, Befehl zu erteilen, daß von jetzt an die ungarischen Truppen von der in den 2-6 festgestellten Linien nach Süden zurückgezogen werden.“

Die ungarische Regierung erwidert in der Befestigung der Linie ein Vorgehen von brutaler Willkür. Es widerspricht in maßlosester Weise den historischen Grundlagen und auch dem gegenwärtigen Zustand, daß man die Befestigung so fernungstlicher Städte wie Preßburg, Komorn und Kaschau auf nationaler Grundlage fordert. Eine Protestnote der Regierung wird von dem Justizminister vorbereitet und ist kurzem dem Oberstleutnant Wyz überreicht werden.

Aberkennung französischer Werte.

Paris, 26. Dezember. (Havas.) Die Deutschen ergatteten die den Banken in Nordfrankreich genommenen Werte, die sich auf annähernd sechs Milliarden belaufen, zurück. Mehrere Geldschänke, von denen jeder 5 bis 7 Tonnen wiegt, welche sich gegenwärtig in Brüssel befinden, werden demnächst nach Valenciennes zurückgebracht werden. Eine große Anzahl von Juagen wird später die von den Deutschen in Brüssel angekauften Werte nach den französischen Departements zurückbringen.

Nom belgischen Parteikongress.

Brüssel, 25. Dezember. (Havas.) Im Laufe der Nacht mittagsitzung des belgischen sozialistischen Kongresses gab der Vorsitzende als Ergebnis der Abstimmung über die Teilnahme der Sozialisten am Ministerium bekannt, daß 22 Stimmen dafür, eine dagegen abgegeben worden seien bei drei Stimmenthaltungen. Auf den Protest eines Delegierten gegen eine annerkennungspolitik erwiderte Vanderelde, er würde nicht in die Regierung eingetreten sein, wenn sich diese für eine annerkennungspolitik und gegen Holland feindliche Politik ausgesprochen hätte.

Aus der Partei.

Am Protest. Genosse Wille schreibt uns: Bisher ist aus den Abendblättern Berlins noch nicht ersichtlich, daß die Volksbeauftragten und Mitglieder der U. S. V. Barth, Wittmann und Haase ihre Demission nach den Vorgängen des 23. und 24. Dezember niedergelegt haben und es ablehnen, mit einem Oberst, Scheidemann und Landberg zusammen weiterzuarbeiten. Aus diesem Grunde protestiere ich im Namen der Niederbarnimer Kreisorganisation der U. S. V. auf das entschiedenste gegen ein längeres Verbleiben der drei genannten Genossen in ihren Regierungsämtern.

D. Wille, 1. Vorsitzender der unabhängigen sozialdemokratischen Kreisorganisation Niederbarnim. Wie wir erfahren, bezieht seit den Vorgängen vom 23. und 24. Dezember eine Kabinetskrise, die mit einer Aenderung der Zusammensetzung des Kabinetts enden dürfte. Die Entscheidung dürfte in wenigen Tagen fallen.

Rebergezeiten. Wir erhalten folgende Zuschrift: Der 20. Bezirk des Unabhängigen Sozialvereins für Berlin IV, Nr. 41, hat in einer Sitzung, an der sich 18 schon vor dem Krieg tätige Parteigenossen beteiligten, folgendes beschlossen: Weil die U. S. V. eine Einigung mit der Mehrheitspartei zum Zwecke des gemeinsamen Vorgehens bei den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung abgelehnt, tritt der gesamte Bezirk sofort geschlossen zur Mehrheitspartei über.

Der Bezirksführer

H. Henke, Anprobestz. 8.

Die Begründung, die der Bezirksführer für die soeben erfolgten Genossen gibt, ist außerordentlich schwach. Entscheidend für uns kann nur die Politik sein, die unsere Vertreter und welche die Partei treibt. Und diese Politik muß eine rein proletarische sein. Die Revolversozialisten haben aber immer mehr eine bürgerliche Politik getrieben. Deshalb unsere Genossenschaft. Deshalb unsere selbständige wahrhaft sozialistische Politik.

Gewerkschaftliches.

Gasarbeiterstreik in Potsdam.

Am 24. Dezember legten die Arbeiter des Gaswerks einmütig die Arbeit nieder. Grund dazu gab die evakuierte Haltung des Stadtverwalters in der Frage der einmaligen Teuerungszulage. Nachdem die letzte Stadtwortbesitzung eine solche für im Dienste der Stadt tätige Beamte und Hilfskräfte beschlossen hatte, glaubten die Arbeiter, daß auch sie eine solche durch ihre wirtschaftliche Interessenvertretung, den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter, eingewirkt hätten, daß die Gewährung einer solchen nur ein Akt der ausgleichenden sozialen Gerechtigkeit sein dürfte. Bestiebt wurden sie darin, weil Herr Stadtrat Urban versprach, daß diese Teuerungszulage noch vor dem Heile zur Auszahlung kommen würde. Statt dessen wollte man mit einem Male die sogenannte Weihnachtsabstufung von 1,50 bis 16 R. zur Auszahlung bringen. Dies lehnten die Arbeiter mit Recht zurück. Auch eine erst. Erhöhung um wenige Pfennige. Die Beamten und Magistratsmitglieder hatten zum Rest der Siebe ihre Teuerungszulage in der Tasche. Der Gewerkschaft, daß der Arbeiter ein gleiches beanspruchen könnte, war ihnen anheimelnd nie in den Sinn gekommen. Der revolutionäre Zug in Potsdam ist an den Potsdamer städtischen Arbeitern nicht spurlos vorübergegangen. Einmütig und geschlossen legten sie die Arbeit nieder, nachdem die gewählten Vertrauensleute im Verein mit den Arbeiterräten mit der Direktion und dem Stadtrat Urban fortwährend ergebnislos verhandelt hatten. Die Organisation stand vor vollendeten Tatsachen. Es gelang dem Gauleiter Strauß eine Einigung dahingehend zu erzielen, die drohende Katastrophe zu befeitigen. Es wurde folgende Vereinbarung getroffen:

Am 27. Dezember nachmittags finden Verhandlungen mit dem Magistrat durch die gewählten Obmänner der Betriebe, zwei Arbeiterräte und den Vertreter der Organisation statt. Gegenstand der Beratung soll der eingereichte Tarif und die ebenfalls darin vorgesehene einmalige Teuerungszulage sein. Es soll jedem Arbeiter sofort ein Vorfuß von 200 R. auf die einmalige Teuerungszulage ausgezahlt werden. Die Arbeiter nehmen die Arbeit sofort auf, um die für Potsdam zu erwartende schwere Gefahr, besonders für die ärmere Bevölkerung, zu beseitigen, zu warten oder von der Stadtverwaltung, daß sie auch für ein fünfjährige Konflikt nach dieser Richtung hin zu vermeiden. Fragestellungen oder Verhandlungen einzelner Arbeiter dürfen nicht stattfinden. Ein Lohnabzug für den 24. Dezember darf nicht gemacht werden.“

In dem Magistrat liegt es nun, die schwere weite Aufgabe zu bannen. Dies kann er nur tun, wenn auch er die berechtigten Forderungen der gesamten städtischen Arbeiterschaft anerkennt. Er hat es in der Hand, durch unangelegenen Abbruch eines Tarifvertrages und Gewährung einer einmaligen Teuerungszulage das Wirksamwerden vor weiteren Erhöhungen zu bewahren. Ganz besonders in der Jetztzeit, wo das Zusammenbrechen...

